



## NEIN zum Raubbau an den Kommunen -

### JA zu einem bundesweit koordinierten, kämpferischen, kommunalen Widerstand!

Alle reden vom Desaster der kommunalen Finanzen. Berechtigt. Die kommunalen Spitzenverbände protestieren. Berechtigt. Doch das Wehklagen wird unglaublich, wenn die Kommunalpolitiker derselben Parteien Krokodilstränen vergießen, die in Bund und Land das Desaster verursacht haben:

*Sie waren es doch ...*

... die Gesetze wie Hartz IV verabschiedeten und dabei den Kommunen bei sinkenden Einnahmen steigende Ausgaben aufbürdeten;  
... die über Jahrzehnte die Massensteuern nach oben getrieben haben, während die Steuern für Konzerne, Banken und Reiche dahin schmelzen wie der Schnee in der Sonne;  
... die über Nacht Hunderte Milliarden Euro für die Schutzschirme über Banken und Konzerne, zur Begünstigung der Reichen oder zur Finanzierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr locker machten und jetzt angeblich für nichts mehr Geld haben.

**Wir haben die Doppelmoral der bürgerlichen Politik satt und machen unsere eigene Rechnung auf:**

- *Die Verursacher in Konzernen, Banken und Bundespolitik sollen für die Folgen der Krise bezahlen!*
- *Aktiver Widerstand gegen jeglichen Abbau sozialer Errungenschaften in den Kommunen: Ausgaben für Jugend und Sport, Kinder und Kultur sind für uns keine "freiwilligen", sondern Pflichtleistungen!*
- *Kein Arbeitsplatzabbau bei Städten und Gemeinden, Erhalt und Schaffung neuer Arbeitsplätze wie durch Pilotprojekte für die 30 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich!*
- *Erhöhung der Anzahl der Auszubildenden in den Städten und Gemeinden und ihre Übernahme nach der Ausbildung!*
- *Massensteuern runter - Konzern-, Banken- und Reichensteuern rauf! Weg mit den Plänen von Schwarz/Gelb zur Abschaffung der Gewerbesteuer.*

- *Schluss mit dem Geldregen an die Banken: keinerlei weitere Zahlungen, d.h. Zins- und Schuldenmoratorium der Kommunen - denn alle Kredite sind durch geleisteten Zinszahlungen, schon mehrfach abbezahlt. Vielfach sind die Zinszahlungen inzwischen größter Haushaltsposten in den Kommunen und werden demzufolge die Banken Hauptnutznießer der kommunalen Verschuldung.*

Den Kommunen wird gedroht, bei Widerstand gegen die rigorose Kürzungspolitik diese per Diktat durchzudrücken, "Spar"kommissare einzusetzen, Beschlüsse der Räte aufzuheben oder gar die Stadträte selbst aufzulösen.

- *Weg mit den undemokratischen - diktatorischen Maßnahme gegenüber den Städten und Gemeinden. Schluss mit der Politik der Einschüchterung und Liquidierung letzter Reste der kommunalen Selbstverwaltung!*

In zahlreichen Kommunen gibt es bereits hoffnungsvollen Ansätze zum Widerstand. Doch unsere Gegner arbeiten hoch organisiert bundesweit und von den Medien unterstützt, der kommunale Widerstand ist vielfach rein kommunal ausgerichtet und zersplittert. Schließen wir uns zusammen, koordinieren uns kämpferisch über Stadtgrenzen hinweg! Tauschen wir unsere Meinungen und Erfahrungen aus!

Leisten wir eine vielfältige Informations- und Öffentlichkeitsarbeit im Dienste eines erstarken, selbst organisierten Widerstandes in Bündnissen oder Aktionskomitees der Masse der Bevölkerung in den Städten und Gemeinden! Arbeiten wir eng mit den Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Montagsdemonstrationen, kämpferischen Parteien und Organisationen, kritischen KommunalpolitikerInnen aller demokratischen Parteien zusammen!